

**Drucksache 022/2022/1**

Verfasser: Wolfgang Faißt  
Telefon: 07159/924-120  
Aktenzeichen: 797.19  
Datum: 17.03.2022

Beratungsfolge	Behandlung	am	Zuständigkeit
Gemeinderat	öffentlich	28.03.2022	Beschlussfassung

**Bahnverbindung von Calw über Renningen zum Hauptbahnhof Stuttgart - Vergleich von Metropolexpress und Express-S-Bahn S62**

Anlage 1 - LKZ Metropolexpress

Anlage 2 - VS Zweite Ausbaustufe Bahnverbindung Stuttgart - Calw

Anlage 3 - HHB Eckpunktepapier

Anlage 4 - Landtagsdrucksache, Sicherung von Perspektiven für die Schienenanbindung in Richtung Calw pdf

Anlage 5 - Resolution MEX\_S62

Anlage 6 - Zeitungsartikel in der LKZ

**Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat der Stadt Renningen bittet die zuständigen Vorhabenträger, für die S 62 den Verband Region Stuttgart und für einen eventuellen Metropolexpress das Land, die Vor- und Nachteile der beiden grundsätzlich möglichen Lösungen einer verbesserten Bahnverbindung von Calw über Renningen zum Hauptbahnhof Stuttgart darzulegen. Sofern Planungen vorliegen unter Nennung der für die jeweils erforderlichen Investitionsmaßnahmen anfallenden Kosten. Soweit dies nicht der Fall ist, genügen grobe Schätzungen nach Erfahrungswerten.

gez.  
Wolfgang Faißt  
Bürgermeister

## Sachdarstellung

Die Verwaltung hat sich im Oktober 2021 im Zusammenhang mit der S62 (Express-S-Bahn) und dem Bekanntwerden, dass die S62 am Bahnhof Renningen keinen Halt haben wird, mit dem Verband Region Stuttgart in Verbindung gesetzt. Ziel dieser Kontaktaufnahme war es, doch noch einen Halt am Bahnhof Renningen zu erhalten, zumal dies die Schnittstelle zweier S-Bahnen (S6 und S60) ist und auch in Renningen wichtige bzw. große Arbeitgeber (z.B. Bosch) zu finden sind. Der Verband Region Stuttgart teilte mit, dass in der Hauptverkehrszeit, in der die S62 ab Herbst 2022 verkehren wird, nicht genügend Abstand zwischen den S-Bahnen (Viertelstunden-Takt) besteht, so dass ein Halt der S62 am Bahnhof Renningen zumindest in einem Zeitraum bis zur Fertigstellung von Stuttgart21 nicht untergebracht werden kann. Mit Fertigstellung von Stuttgart21 wird ein solcher Halt lt. Aussage des Verbands Region Stuttgart vom 13.10.2021 berücksichtigt. Dies wird dadurch möglich, dass sich nach Fertigstellung des Schienenknotens Stuttgart die Möglichkeit eröffnen wird, die S62 in die Stammstrecke durchzubinden.

Die Verwaltung hat dieses Zwischenergebnis in der öffentlichen Sitzung des zuständigen Technischen Ausschusses am 13.10.2021 bekanntgegeben.

Am 27.10.2021 wandte sich die Verwaltung erneut an den Verband Region Stuttgart, um nach einer Anregung der Bürgeraktion unsere Schwarzwaldbahn (BAUS) die Realisierungsmöglichkeit einer Metropolexpress-Bahn von Calw bis Stuttgart abzufragen. Zum Thema Metropolexpress gab es ein Schreiben des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg u.a. an die Bürgerinitiative Unsere Schwarzwaldbahn (BAUS) vom 8.6.2018 (**Anlage 1**), aus dem hervorgeht, dass das Land einem Metropolexpress nicht zustimmen kann. Hierzu gab es auch eine Presseberichterstattung in der Leonberger Kreiszeitung/Stuttgarter Zeitung vom 3.2.2021 (**Anlage 2**), wonach das Land dem Metropolexpress eine Absage erteilt. Auch auf die Beantwortung der dieses Thema betreffende Landtagsdrucksache 16/9453 vom 3.12.2020 (**Anlage 3**) wird verwiesen.

Daraus wird klar, dass der Metropolexpress von Seiten des Landes insbesondere wegen erheblichen Investitionskosten und einer dann immer noch nicht gelösten Kreuzungssituation des S-Bahn-Gleises mit einem Ferngleis vorerst nicht weiterverfolgt wird.

Daraufhin teilte der Verband Region Stuttgart der Verwaltung am 10.11.2021 mit, dass ihm keine Pläne des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg bekannt seien, die darauf abzielen, innerhalb des absehbaren verkehrlichen Bedarfs eine Metropolexpresslinie von Calw nach Stuttgart einzurichten, welche auch erhebliche weitere infrastrukturelle Investitionen erfordern würde.

Deshalb sieht der Verband Region Stuttgart lt. einer Mail vom 19.11.2022 aktuell keinen Gesprächsansatz mit der Landes- und Kommunalebene.

Dies hat die Verwaltung den Fraktionsvorsitzenden am 19.11.2021 per Mail mitgeteilt und den Gemeinderat in der nichtöffentlichen Sitzung am 22.11.2021 informiert- mit dem Hinweis, dass bei der Landesregierung nur für den Fall weiter nachgehakt werden solle, wenn der Gemeinderat hierfür einen Anlass sieht.

Die Fraktionen des Gemeinderates haben sich zwischenzeitlich in der Sache auf einen Text verständigt, der auf eine Resolution des Gemeinderates an den Böblinger Kreistag, den Verband Region Stuttgart und an das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg abzielt (**Anlage 4**).

Der Verwaltung wurde dieser Text am 11.2.2022 zugeleitet mit der Bitte, dies in die Beratung des Gemeinderates einzubringen. Unabhängig davon wurde der Text vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Gemeinderatsfraktion parallel dazu und voreilig gleich über die Presse veröffentlicht und auch an den Verband Region Stuttgart, an das Verkehrsministerium und weitere Beteiligte weitergeleitet, was den Eindruck erweckte, dass es sich dabei bereits um eine vom Gemeinderat beschlossene Resolution handelt.

Die Verwaltung hat den Vorsitzenden der SPD-Gemeinderatsfraktion am 14.2.2022 darauf hingewiesen, dass dieses weitergeleitete Papier noch keinen öffentlichen Beschluss des Gemeinderats darstelle. Die Beratung darüber erfolge erst in der Sitzungsrunde März 2022.

Auch in der Gemeinderatssitzung vom 21.2.2022 stellte die Verwaltung fest, dass durch die voreilige Weitergabe des von den Fraktionsvorsitzenden und der Vertreter der Gemeinderatsgruppierungen unterzeichneten Papiers in der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt wurde, dass der Gemeinderat

bereits über dieses Papier als Resolution des Gemeinderates abgestimmt habe, was nicht der Fall ist.

Auch der Vorsitzende des Gemeinderates wurde nicht in das Papier eingebunden.

Die Verwaltung bringt diesen Text der Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates selbstverständlich gerne in die nächste Sitzungsrunde März 2022 ein. Allerdings gibt die Verwaltung zu bedenken, dass der Landkreis Böblingen weder Aufgabenträger der S62 noch eines Metropolexpress ist bzw. wäre. Die Nichtadressierung an den Landkreis Calw bei einer solchen Resolution wäre bei einer Einbeziehung des Landkreises Böblingen nicht folgerichtig.

Mit Blick auf die Zuständigkeiten wäre aus Sicht der Verwaltung die Resolution an die Adresse des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg als potenzieller Träger eines Metropolexpress und an die Adresse des für die S62 zuständigen Verbands Region Stuttgart zu richten. **Bei einer solchen Resolution ist auch zu bedenken, dass sich die Stadt Renningen mit den Beschlüssen zur Hermann-Hesse-Bahn und zur S62 bereits für die Regelung der beiden Bahnen festgelegt hat. Dies führte schließlich zum unterzeichneten Eckpunktepapier zur Reaktivierung der Hermann-Hesse-Bahn vom 19.11.2019 (Anlage 5).**

Auf Basis dieses Eckpunktepapiers erfolgen seither die Vorbereitungen beider Bahnen. Die Züge für die S62 sind längst bestellt, und diese Express-S-Bahn wird ab Herbst 2022 ihren Betrieb aufnehmen. Die Bauarbeiten für die Hermann-Hesse-Bahn sind in vollem Gange, und hierbei werden auch eine spätere Verlängerung der S-Bahn bis Calw bereits berücksichtigt. Die Inbetriebnahme dieser Hermann-Hesse-Bahn ist für Dezember 2023 geplant.

Nach Ansicht der Verwaltung wäre es höchst kontraproduktiv, wenn nun diese nach schwierigen Verhandlungen gefundene Lösung durch eine erneute Diskussion über eine ganz andere Variante in Frage gestellt bzw. gefährdet werden würde. Allenfalls wäre es aus Sicht der Verwaltung eine Möglichkeit, beim Verband Region Stuttgart nähere Informationen über die finanziellen und technischen Rahmenbedingungen einer S-Bahn-Verlängerung bis Calw und beim Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg über die finanziellen und technischen Rahmenbedingungen eines Metropolexpress auf der Strecke von Calw bis Stuttgart einzuholen. Allerdings sind Detailaussagen zum Metropolexpress wohl nur bedingt zu erhalten, weil es hierzu aktuell noch keine Planungen gibt.

Die Bezeichnung „Resolution“ für die Einholung dieser Informationen stellt die Verwaltung in Frage.

gez.  
Wolfgang Faißt  
Bürgermeister